

# Haushalt und Finanzen 2010



## Rede des Fraktionsvorsitzenden der FDP, Gerhard W. Stauff, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2010

*(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)*

Sehr geehrte Kreistagskolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren

Der Haushaltsentwurf 2010 in der neuen Wahlperiode bietet einen Zeitpunkt, zu dem ein Rückblick auf die letzten fünf Jahre angebracht ist.

Was haben wir in den letzten Jahren im Kreis Coesfeld erreicht?

1. Sicherlich ist die Einführung der doppelten Buchführung NKF eine große Aufgabe gewesen. Hier gilt unser besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung.
2. Es ist gelungen Fachhochschulansiedlungen in den Kreis Coesfeld zu bekommen. Dies war sicherlich der richtige Weg. Wichtig ist aber auch, dass die gut ausgebildeten Studenten entsprechende Arbeitsmöglichkeiten in Kreis Coesfeld finden.
3. Durch die Neuaufstellung der WFC Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises wurden durch gezielte Maßnahmen die Einbrüche in der heimischen Wirtschaft gemildert oder konnten sogar vermieden werden. Hier gilt auch unser Dank den Unternehmen im Kreis Coesfeld. Beleg für die erfolgreiche Arbeit aller Beteiligten ist weiterhin die geringste Arbeitslosenquote in NRW.
4. Die Regionale 2016 ist organisatorisch eingeleitet worden. Wie wir uns mit Vorschlägen und Aktionen aufstellen wollen, bleibt z.Zt. noch im Verborgenen. Anstrengungen, um mit dem Kreis Coesfeld aktiv dabei zu sein, müssen möglichst bald vom Kreis und seinen Kommunen in Angriff genommen werden.
5. Die Schuldentilgung konnte, durch den Verkauf der Kreissiedlungsgesellschaft, von ca. € 35 Mio. auf nunmehr Ende 2010 € 30 Mio. vorgenommen werden. Dadurch ergeben sich Einsparungen von jährlich ca. € 250.000 an Zinsen, die den Kommunen des Kreises über die Kreisumlage zu Gute kommen. Es stehen in den nächsten Jahren weitere ca. € 4 Mio. zur Schuldentilgung zur Verfügung. Dieser Betrag darf nicht im allgemeinen Haushalt untergehen, denn die Chance Schulden zu tilgen, wird sich nicht so leicht wieder ergeben.
6. In der Aufgabe, die U-3 Betreuung auszubauen, sind wir einen guten Schritt nach vorne gekommen. Wie wir aber die Betreuungsquote von 35% bis 2013 bewerkstelligen können, ist fraglich. Ohne finanzielle Unterstützung des Landes und Bundes wird es nicht gelingen. Wenn in Berlin oder Düsseldorf Gesetze gemacht werden, so muss auch von dort eine Finanzierung kommen.

Woran müssen wir in den nächsten Jahren arbeiten? Was ist in den letzten Jahren liegengeblieben?

1. In der Wirtschaft wird mit Nachdruck die Einführung der Breitbandverkabelung gefordert. Außer Willensbekundungen von allen Seiten, sind wir dort noch nicht viel weiter gekommen. Dieser Bereich, Herr Landrat, muss unbedingt zur Chefsache gemacht werden.
2. Uns ist es nicht gelungen, einen weiteren Anstieg der Sozialausgaben im Kreis zu verhindern. Wenn in diesem Bereich, sowohl auf Bundes- und Landesebene, kein Umdenken geschieht, werden wir zum Ende dieser Wahlperiode nur noch Sozialausgaben und Personalkosten ausweisen. Dann können wir auch den Kreistag stark verkleinern oder sogar auflösen, denn dann gibt es nichts mehr zu entscheiden.
3. Wir fordern vom Kreis und den Kommunen stärkere Anstrengungen im Bereich von Einkaufsgemeinschaften mit anderen Städten und Kreisen, interkommunalen Ämterkooperationen, wie z.B. Bauhöfen oder die Straffung von gemeinsamen Verwaltungsstrukturen. Diese substanziellen Einsparungen bringen dabei keine direkten Einbußen für die öffentliche Daseinsvorsorge. Wenn wir schon viele Aufgaben nicht einstellen können und dürfen, sollten wir sämtliche Aufgaben zumindest so effizient wie möglich gestalten.
4. Ein weiteres Aufgabengebiet wird die Neustrukturierung des Gesundheitswesens im Kreis sein. Es kann nicht sein, dass wir uns den Luxus erlauben für 220.000 Einwohner drei Gesundheitsämter vorzuhalten. Ein Gesundheitsamt an zentraler Stelle reicht unserer Meinung voll und ganz aus.

Was haben wir vom Bund und vom Land zu erwarten?

Im letzten Jahr habe ich auch an dieser Stelle mir gewünscht, in Berlin würde sich die Einsicht durchsetzen, dass wir ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz dringend brauchen. Damals konnten man den Einbruch in der deutschen Wirtschaft so nicht voraussehen. Im Koalitionsvertrag haben CDU und FDP die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung verabredet. Wünschen wir der Kommission gute Ideen und vor allem schnelle Verbesserungen für die kommunale Familie.

Insbesondere die Gewerbesteuer erweist sich aufgrund ihrer Konjunkturabhängigkeit in wirtschaftlich schlechten Zeiten als völlig untaugliches Instrument der Gemeindefinanzierung. Zudem seien Versäumnisse beim vertikalen Finanzausgleich für die finanzielle Schieflage der Kommunen von Bedeutung. Ein Beispiel dafür sei die unzureichende Mittelbereitstellung des Bundes für die Finanzierung der Kosten der Unterkunft von Hartz-IV-Empfängern.

Jeder Privatmensch kann sein Geld nur einmal ausgeben und muss sich daher ständig fragen, ob die von ihm geplanten Vorhaben oder Anschaffungen in einem gesunden Verhältnis zum erwarteten Nutzen stehen. Nach wie vor fehlt dieses Kostenbewusstsein leider bei vielen politischen Entscheidungsträgern und Verwaltungsmitarbeitern, denn sie geben ja nicht ihr eigenes Geld aus und sind von den Konsequenzen ihres Handels nur mittelbar betroffen. Hier muss ein Wandel in den Köpfen stattfinden.

Ein Umdenken muss stattfinden. Denn:

Wir sind nicht die Gutsherren, sondern nur die Gutsverwalter

Natürlich sind Sparmaßnahmen und strukturelle Veränderungen zu Beginn eines weiteren Entschuldungsprozesses unbequem oder sogar schmerzhaft. Aber sie sind kein Selbstzweck. Im Gegenteil: Sparen ist eine Tugend. Mit jedem zurückgezählten Euro erweitert sich der kommunale Handlungsspielraum, weil Zins- und Tilgungslasten sinken.

Wie der Vorbericht des Haushaltsentwurfes für 2010 zeigt, geht der Kreis für das Jahr 2009 davon aus, dass wir einen Verlust 2009 von ca. € 1 Mio. erfahren werden. Damit wird die Ausgleichsrücklage bereits angegriffen. Die Ausgleichsrücklage des Kreises in Höhe von

€2.176.047 ist eine Art „Puffer“ im Eigenkapital des Kreises, bedeutet aber nicht, dass dieses Geld auf einem Konto als Guthaben steht.

Durch die Vorschläge der CDU und SPD würde die Ausgleichsrücklage schon Ende 2010 aufgebraucht sein.

Schon 2011 müsste die allgemeine Rücklage angegriffen werden. Da pro Jahr aber höchstens gut €200.000 (5% der allgemeinen Rücklage) abgeschmolzen werden dürfen, tritt ab 2011 mit 100%iger Sicherheit die Situation der Haushaltssicherung ein.

Mit der Haushaltssicherung kommt zwangsläufig im Jahr 2011 die Erhöhung der Kreisumlage. Die Unvermeidbarkeit ergibt sich aus § 56 (1) der nordrheinwestfälischen Kreisordnung.

Wir könnten uns der unseriösen Haltung der Mehrheitsfraktion anschließen und mit ihnen im nächsten Jahr ein erstauntes Gesicht machen. Wir können auch mit liberaler Kompetenz dagegenhalten.

Wir fordern bereits jetzt freiwillig in die Haushaltssicherung zu gehen. Allerdings muss dies mit weitergehenden Forderungen verbunden sein:

- a) Wir brauchen einen Masterplan zur dauerhaften Eingrenzung der ausufernden Ausgaben, der von Politik und Verwaltung mitgetragen wird.
- b) Der Kreis muss seine Leistungen erbringen, allerdings mit geringerem Mittelaufwand. Die Verwaltung muss konsequent durchsparen.
- c) Überall muss an Sachaufwendungen, Aufwendungen für Dienstleistungen und nicht zuletzt an Personalaufwendungen gespart werden.
- d) Keine Wiederbesetzung freiwerdender Stellen und keine Neueinstellungen
- e) Um der Verwaltung die schwere Aufgabe zu erleichtern, gewährt ihr die Politik Budgethoheit über eingesparte Mittel, um unvermeidbare Löcher stopfen zu können

Der Haushaltsentwurf 2010 bietet aus Sicht der FDP-Fraktion keine Perspektiven für die nächsten Jahre. Es kann kein „Wir machen einfach weiter“ geben. Wir können aus den vorgenannten Gründen dem Entwurf nicht zustimmen und lehnen ihn deshalb ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit